



Niederschrift

Sitzung der Stadtvertretung Kühlungsborn

Sitzungstermin: Donnerstag, 08.10.2015

Sitzungsbeginn: 19:00 Uhr

Sitzungsende: 22:15 Uhr

Ort, Raum: Schulzentrum, Neue Reihe 73 A, 18225 Ostseebad
Kühlungsborn

Anwesend

Bürgermeister
Uwe Ziesig

1. stellvertretender Bürgermeister
Andreas Bartelmann

2. stellvertretender Bürgermeister
Uwe Wiek

Verwaltung
Rainer Karl
Dirk Lahser
Peggy Westphal

Stadtvertreter
Harry Balbach
Christiane Fink
Klaus Gehrhardt
Peter Hausmann
Susanne Jaeger
Frank Langguth
Christian Mothes
Hans-Joachim Ollhoff
Stefan Sorge
Wolfgang Stange
Gerd Susemihl

Knut Wiek
Lars Zacher
Sebastian von Jutrzenka

Keine Teilnehmergruppe

Weitere Anwesende:

Tagesordnung

Öffentlicher Teil

- 1 Begrüßung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung, der Anwesenheit und der Beschlussfähigkeit sowie Eröffnung der Sitzung
- 2 Änderungsanträge und Feststellung der Tagesordnung
- 3 Bericht des Bürgermeisters, Anfragen der Stadtvertreter
- 4 Einwohnerfragestunde
- 5 Meerwasserschwimmhalle - Gast: Prof. Dr. Wagner, Herr Granitzki
- 6 Billigung der Sitzungsniederschrift vom 16.07.2015 - Beschlusskontrolle
- 7 Beschlussvorlage der CDU-Fraktion, Zählgemeinschaft SPD/Grüne, Zählgemeinschaft HGV/Ziesig: Neuausschreibung der Meerwasserschwimmhalle am historischen Standort
- 8 2. Änderung des Bebauungsplans Nr. 37 der Stadt Ostseebad Kühlungsborn - "Teilbereich Kühlungsborn Ost" - Entwurfs- und Auslegungsbeschluss 15/60/113
- 9 2. Änderung des Bebauungsplans Nr. 10 der Stadt Ostseebad Kühlungsborn - Wohngebiet "Holmblick" - Abwägungs- und Satzungsbeschluss 15/60/114
- 10 Aufhebung des Aufstellungsbeschlusses zur 1. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 42 "Hermannstr./nördliche Fr.-Borgwardt-Straße" Beschluss-Nr. 046/14/SVV vom 24.04.2014 Aufstellungsbeschluss zur 1. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 42 "Hermannstr./nördliche Fr.-Borgwardt-Straße" der Stadt Ostseebad Kühlungsborn 15/60/117
- 11 Satzung der Stadt Ostseebad Kühlungsborn über die Veränderungssperre zum Bebauungsplan Nr. 44 "Östliche Neue Reihe" - erneute Veränderungssperre 15/60/127
- 12 Satzung der Stadt Ostseebad Kühlungsborn über die Veränderungssperre zum Bebauungsplan Nr. 45 "Südlich des Grünen Weges" - erneute Veränderungssperre 15/60/128

- | | | |
|----|---|-----------------|
| 13 | Grundsatzbeschluss zum Standort des Neubaus einer Seebrücke im Ortsteil Kühlungsborn West
Variante 1- in Verlängerung Unter den Kolonnaden
Variante 2- in Verlängerung der Hermannstraße | 15/60/122 |
| 14 | Beschlussvorlage der CDU-Fraktion: Begrüßungsgeld für Neugeborene
<i>Verfasser: Lars Zacher</i> | 15/CDU/095 |
| 15 | Beschlussvorlage der Zählergemeinschaft SPD / Bündnis90-Grüne: Kein Einsatz des krebserregenden Herbizidwirkstoffs Glyphosat auf Flächen der Stadt Ostseebad Kühlungsborn
<i>Verfasser: Uwe Wiek</i> | 15/SPD-Grün/134 |
| 16 | Beschlussvorlage der Zählergemeinschaft SPD/Grüne: Studie zur flexiblen Überdachung des Konzertgartens West (Beschluss Nr. 070/15/HA)
<i>Verfasser: Uwe Wiek</i> | 15/SPD-Grün/139 |
| 17 | Beschlussvorlage der Zählergemeinschaft SPD/Grüne: Ausschussumbesetzung Bauausschuss und Kurbetriebs- und Wirtschaftsförderungsausschuss
<i>Verfasser: Knut Wiek</i> | 15/SPD-Grün/140 |

Nichtöffentlicher Teil

- | | | |
|----|---|-------------------|
| 18 | (nichtöffentlich) | 15/60/108 |
| 19 | (nichtöffentlich) | 15/60/131 |
| 20 | (nichtöffentlich) | 15/60/132 |
| 21 | (nichtöffentlich)
<i>Verfasser: SPD/Grüne</i>
<i>Verfasser 2: HGV/Ziesig</i>
<i>Verfasser 3: CDU</i> | 15/SPD-Grün/137-1 |
| 22 | (nichtöffentlich) | |

Protokoll

Öffentlicher Teil

1 Begrüßung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung, der Anwesenheit und der Beschlussfähigkeit sowie Eröffnung der Sitzung

Herr Ziesig begrüßt die Anwesenden, stellt die ordnungsgemäße Einladung, die Anwesenheit und die Beschlussfähigkeit fest und eröffnet die Sitzung.

2 Änderungsanträge und Feststellung der Tagesordnung

Beschluss-Nr. 048/15/SVV:

Der Bürgermeister erklärt, dass die Verwaltung den TOP 9 aufgrund eines Formfehlers zurückzieht.

Beschluss: Die vorliegende Tagesordnung wird mit der genannten Änderung gebilligt.

Abstimmungsergebnis:

- 17 Ja-Stimmen
- 0 Nein-Stimmen
- 0 Enthaltungen

3 Bericht des Bürgermeisters, Anfragen der Stadtvertreter

Der Bürgermeister berichtet zu folgenden Themen:

- Straßenbaumaßnahme Doberaner Straße – eventuell schon ab Weihnachten befahrbar
Fertigstellung voraussichtlich April 2016
- Poststraße – Entwurfsplanung bis 30.11. – Möglicher Baubeginn: 05.09.2016
- Niederschlagswasserbeseitigungskonzept

- Radweg Verbindung zwischen Reriker Straße und Kägisdorfer Landweg soll im Frühjahr entstehen
- Touristische Daten – Steigerung zum Vorjahr
- Kurtaxkontrollhäuschen – 2 Einrichtungen müssen die Gestaltung ändern/zurückbauen; eine Sortimentsliste wird erarbeitet, die Betreiber müssen ihr Sortiment daran anpassen
- Aktuell keine Flüchtlinge in Kühlungsborn – Zuweisung vom Landkreis Rostock erfolgt nur, wenn keine weiteren Optionen vorhanden; Freiwillige können gerne Wohnraum zur Verfügung stellen; Jugendgästehaus (Dünenstraße) nimmt ab 1.11.2015 Flüchtlinge auf; AWO (Hermannstraße 17) würde einige Kinder und Jugendliche aufnehmen
- Ankündigung des KMI (Kulturverein „Mecklenburg inspiriert“) – Künstler aus China kommen vom 1. bis 29. November, hochrangiger Besuch aus China vom 1. bis 4. November
- Einladung des Landesbischofs – 16.10.2015 um 15 Uhr in Elmenhorst/Lichtenhagen
- Beschlüsse des Hauptausschusses

Von den Stadtvertretern werden folgende Themen angesprochen:

- Herr K. Wiek bemängelt, dass die Feier am 02.10. in der Aula des Schulzentrums anlässlich des 25. Jahrestages der Wiedervereinigung neben dem Bürgermeister nicht durch den Bürgervorsteher durchgeführt wurde, schließlich ist der Bürgervorsteher auch Repräsentant der Stadt
 - o Der Bürgermeister erklärt, dass der Bürgermeister der Repräsentant der Stadt Ostseebad Kühlungsborn ist und dass er anwesend war
- Herr Stange spricht den Unfallschwerpunkt „Molli-Schienen“ Bahnhof Mitte an und erklärt, dass der Chef der Molli GmbH zur Ausbesserung in die Pflicht genommen werden muss, damit weitere Unfälle verhindert werden
 - o Der Bürgermeister erklärt, dass die Radfahrer auf der falschen Seite fahren und dass ein Schild ohne Zustimmung der Straßenverkehrsamts angebracht wurde; Der Bürgermeister spricht sich ebenfalls dafür aus, dass die „Mecklenburgische Bäderbahn Molli“ handeln muss
 - o Herr U. Wiek schlägt vor, den Radverkehr möglicherweise über das Wohngebiet „Am Achterstieg“ umzuleiten
- Herr Stange spricht eine Planung an, in der Kühlungsborn eine komplette „Zone 30“ werden soll – würde Lärm besser einschränken
 - o Der Bürgermeister erklärt, dass dies 2016 bei der Erarbeitung des Verkehrskonzeptes behandelt wird
- Herr Stange spricht Falschdarstellungen eines Stadtvertreters an, die in der Presse veröffentlicht wurden („...niemand wollte einen Hafen haben...“)
 - o Der Bürgermeister erklärt, dass er ein Gespräch mit Frau Riedel (NDR) hatte und danach eine missverständliche Veröffentlichung erfolgte
- Herr Zacher erkundigt sich, wann die Einweihung im Lindenpark

stattfinden wird

- o Der Bürgermeister erklärt, dass es einen Termin mit dem Künstler zur Abstimmung des Kunstwerks gab und dass die ersten Figuren des Kunstwerks spätestens im November in die Gießerei gehen werden. Die Einweihung soll im Frühjahr 2016 stattfinden.
- Herr Zacher erkundigt sich nach dem Stand der Verhandlungen zwischen der Stadt und der TSK zur Übernahme der Mole im Hafen
 - o Herr Lahser erklärt, dass die Vertragsänderungen bereits vorgenommen wurden und der TSK bald vorgelegt werden
- Herr Mothes erkundigt sich, wann und zu welchem Preis der Pachtvertrag mit dem Campingpark abgeschlossen wurde
 - o Herr Lahser erklärt, dass der Pachtvertrag mit dem Campingpark am 25.01.1991 für den Zeitraum vom 01.02.1991 bis zum 31.01.2021 (Laufzeit 30 Jahre) geschlossen wurde - der vertraglich festgelegte Preis betrug für die Jahre 1991 und 1992 70 Pfennig pro Quadratmeter, für die Jahre 1993 bis 1995 80 Pfennig pro Quadratmeter. Danach sollte eine Wertsicherungsklausel in Kraft treten.
 - o Herr Lahser führt weiter aus, dass der Pachtvertrag von dem damaligen Kurdirektor Jürgen Kröger und dem damaligen Hauptamtsleiter Hans-Dieter Meyer als Zeuge unterzeichnet wurde, ein Beschluss der Stadtvertreterversammlung ist bisher nicht nachweisbar.
 - o Aus dem Publikum meldet sich der damalige Kurdirektor Jürgen Kröger zu Wort und erklärt, dass ein Pachtvertrag von den Anwälten der Kurverwaltung erarbeitet und an die Geschäftsführer des Campingparks geschickt wurde. Herr Jürgen Kröger erklärt, dass daraufhin ein neuer Pachtvertrag von einem Jurist des Verbandes der Campingparkbetreiber erarbeitet wurde und dass er vom damaligen Bürgermeister Knut Wiek dazu gezwungen wurde, diesen Pachtvertrag zu unterzeichnen. Herr Jürgen Kröger führt weiter aus, dass er die Unterschrift verweigerte und es dann nur zur Vertragsunterzeichnung kam, nachdem sich der damalige Hauptamtsleiter Hans-Dieter Meyer als Zeuge bereit erklärte, den von dem Campingpark-Juristen aufgesetzten Pachtvertrag zu unterzeichnen.
- Herr Sorge erkundigt sich, ob der Pachtvertrag mit dem Campingpark ohne Unterschrift des Bürgermeisters überhaupt gültig ist
 - o Herr Lahser erklärt, dass der Pachtvertrag ohne einen Beschluss der Stadtvertretung nicht gültig ist.
- Herr Hausmann erkundigt sich, ob noch mehr Geschwindigkeitsmesstafeln im Stadtgebiet aufgestellt werden können
 - o Der Bürgermeister erklärt, dass eine weitere Geschwindigkeitsmesstafel bestellt wurde und in der nächsten Woche geliefert werden soll

4 Einwohnerfragestunde

- Herr Schmorell spricht die Unfälle am Bahnübergang Molli an
- Herr Schmorell spricht einen möglichen Unfallschwerpunkt an der

- Kreuzung der L12 Doberaner Straße / Umgehungsstraße an
- o Herr Schmorell schlägt vor, die Radwege aneinander anzubinden und dort möglicherweise einen Kreisverkehr zu errichten oder Bäume zu fällen, um die Gefahr von Unfällen zu verringern
 - Herr Schmorell behauptet, dass die Geschäftsordnung der Stadtvertreterversammlung nicht mit der Kommunalverfassung MV im Einklang steht

5 Meerwasserschwimmhalle - Gast: Prof. Dr. Wagner, Herr Granitzki

Für diesen TOP wurde folgenden geladenen Gästen das Wort erteilt:

Herr Granitzki (GSOM), Herr Dr. Peter Käb (Rechtsanwalt von Investor Prof. Dr. Wagner),
Herr Norbert Reimer (Architekt)

Herr Ziesig berichtet zum Thema. Herr Zacher erklärt im Namen der CDU-Fraktion, dass sie von dem Vorgehen der GSOM enttäuscht sind. Anschließend erläutert Herr Zacher den Schriftverkehr zwischen der GSOM und dem RA Herrn Dr. Käb. Herr K. Wiek schließt sich den Äußerungen von Herrn Zacher im Namen der Zählgemeinschaft SPD/Grüne an. Herr Langguth fasst zusammen, dass die Ausschreibung des Projektes im Januar 2013 begonnen hat und dass das letzte Gespräch mit der GSOM im Rahmen der Sitzung des Vergabegremiums am 14. Juli 2015 stattfand. Herr Langguth schlussfolgert daraus, dass der Investor sein Interesse nicht verfolgt hat. Herr Langguth erklärt, dass das Vergabegremium eine entsprechende Regelung zur Beendigung des Verfahrens getroffen hat, falls eine Reaktion des Investors ausbleibt. Herr Langguth fasst zusammen, dass die GSOM entsprechend der Vorgabe des Vergabegremiums gehandelt hat.

Herr Granitzki berichtet zum Thema anhand einer Powerpoint-Präsentation. Herr Granitzki stellt klar, dass der Investor zum Bauen berechtigt gewesen wäre, wenn er alle vom Vergabegremium einzuhaltenden Mindestbedingungen erfüllt und einen Vorentwurf vorgelegt hätte - ein Vorentwurf ist seit Januar 2013 jedoch nie vorgelegt worden. Herr Granitzki gibt bekannt, welche vom Vergabegremium festgelegten Ausschlusskriterien vom Investor nicht eingehalten wurden:

- Einhaltung der Gebäudehöhe von maximal 14m // Geplante Gebäudehöhe: 20m
- Überschreitung der bebaubaren Fläche um maximal 10% // Geplante Überschreitung: 30%
- Fläche des Kinderschwimmbeckens mindestens 100m² // Geplante Fläche: unter 100m²

Herr Granitzki fasst zusammen, dass kein endverhandelter Kaufvertrag mit dem Investor vollzogen werden konnte, da der Investor seine Vertragsänderungswünsche nicht in dem seit April 2014 vorliegenden Vertragsentwurf eingearbeitet hat. Herr Granitzki erklärt, dass dadurch die vom Vergabeausschuss festgesetzten Kriterien zur Beendigung des Verfahrens erfüllt sind.

Herr Dr. Käb erklärt, dass aufgrund einer fehlenden Entscheidung des Vergabegremiums kein Vertragsentwurf gemacht werden konnte. Herr Dr. Käb erläutert, dass bei einem Grundstückserwerb die Bauverpflichtung entstanden wäre, die jedoch aufgrund von zwei zu klärenden Angelegenheiten ungewiss waren. Herr Dr. Käb nennt als zu klärende Probleme die aktuelle Fassung des betroffenen B-Planes, der die Umsetzung/Zielstellung des Projektes nicht vorgesehen hat – eine Änderung des B-Planes hätte vorgenommen werden müssen. Herr Dr. Käb führt aus, dass der Investor aufgrund der Bauverpflichtung rechtswidrig hätte bauen müssen, falls keine B-Plan-Änderung stattfinden würde. Als weiteres zu klärendes Problem nennt Herr Dr. Käb die schallschutzrechtlichen Probleme (Lärm) mit den Nachbarn.

Herr Zacher erkundigt sich nach der Stellungnahme der Denkmalschutzbehörde des Landkreises Rostock. Herr Dr. Käb erklärt, dass laut der Denkmalschutzbehörde die Sicht auf die Villa Baltic durch die Schwimmhalle beeinträchtigt wäre. Herr Dr. Käb erklärt, dass das Problem mit der Fläche des Kinderschwimbeckens sowie die bebaubare Fläche hätten angepasst werden können. Der Architekt Herr Norbert Reimer erklärt, dass im Rahmen der Vorentwurfsplanung Skizzen des Kinderschwimbeckens angefertigt wurden. Herr Mothes erklärt, dass die Entwürfe und Änderungen im Bauausschuss durch den Architekten Herrn Reimer vorgestellt werden sollten und dass die Vorstellung von Herrn Reimer unprofessionell und anhand von schlechten kleinen Bildern vorgenommen wurde. Herr Reimer erklärt, dass er kurzfristig eingeladen wurde und deshalb kaum Vorbereitungszeit hatte.

Herr Zacher zweifelt die Bewertungsmatrix an. Herr Granitzki erklärt, dass die Festlegungen der Ausschreibungskriterien, die durch die damalige Stadtvertretung beschlossen wurden, eingehalten werden mussten und dass eine Meinungsänderung während eines Verfahrens nicht mehr möglich ist. Herr Bartelmann erklärt, dass das Vergabegremium mit der Gestaltung des Vorhabens einverstanden war und Herr Bartelmann führt weiter aus, dass die schlechte Einstufung in der Bewertungsmatrix nur durch die Meinungen/Empfehlungen der Rahmenplanerin Frau Schmidt und der Denkmalschutzbehörde zustande gekommen ist.

6 Billigung der Sitzungsniederschrift vom 16.07.2015 - Beschlusskontrolle

Beschluss-Nr. 049/15/SVV:

Die Stadtvertreterversammlung der Stadt Ostseebad Kühlungsborn billigt das vorliegende Protokoll vom 16.07.2015.

Abstimmungsergebnis:

- 15 Ja-Stimmen
- 0 Nein-Stimmen
- 2 Enthaltungen

7 Beschlussvorlage der CDU-Fraktion, Zählgemeinschaft SPD/Grüne, Zählgemeinschaft HGV/Ziesig: Neuausschreibung der Meerwasserschwimmhalle am historischen Standort

Herr Gehrhardt schlägt vor, die bestehende Schwimmhalle abzureißen und ein geräumtes Grundstück anzubieten. Herr Bartelmann erklärt, dass dies aufgrund von Fördermitteln etc. nicht möglich ist.

Beschluss-Nr. 050/15/SVV:

Die Stadtvertreterversammlung der Stadt Ostseebad Kühlungsborn beschließt:

Der Bürgermeister wird beauftragt, umgehend alles Notwendige für eine erfolgreiche Neuausschreibung der Meerwasserschwimmhalle am historischen Standort in Kühlungsborn-West unter Berücksichtigung der Parameter der letzten Ausschreibung vorzubereiten.

Abstimmungsergebnis:

- 14 Ja-Stimmen
- 1 Nein-Stimmen

**8 2. Änderung des Bebauungsplans Nr. 37 der Stadt Ostseebad Kühlungsborn - "Teilbereich Kühlungsborn Ost" - Entwurfs- und Auslegungsbeschluss
15/60/113**

Herr Fricke (Stadt- und Regionalplanung Wismar) erläutert die Beschlussvorlage anhand einer Präsentation.

Beschluss-Nr. 051/15/SVV:

Die Stadtvertreterversammlung der Stadt Ostseebad Kühlungsborn

1. billigt den vorliegenden Entwurf der 2. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 37 „Teilbereich Kühlungsborn Ost“ und den Entwurf der Begründung dazu.
2. Der Entwurf der 2. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 37 einschließlich der Begründung ist öffentlich auszulegen. Die Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange sind von der Auslegung zu benachrichtigen und zur Abgabe einer Stellungnahme aufzufordern.
3. Die Anlagen sind Bestandteil dieses Beschlusses.

Anlage: 2. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 37 der Stadt Ostseebad Kühlungsborn Entwurf
Planzeichnung und Begründung

Abstimmungsergebnis:

17 Ja-Stimmen
0 Nein-Stimmen
0 Enthaltungen

9 2. Änderung des Bebauungsplans Nr. 10 der Stadt Ostseebad Kühlungsborn - Wohngebiet "Holmblick" - Abwägungs- und Satzungsbeschluss

15/60/114

- Dieser TOP wurde von der Tagesordnung gestrichen -

10 Aufhebung des Aufstellungsbeschlusses zur 1. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 42 "Hermannstr./nördliche Fr.-Borgwardt-Straße" Beschluss-Nr. 046/14/SVV vom 24.04.2014

**Aufstellungsbeschluss zur 1. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 42 "Hermannstr./nördliche Fr.-Borgwardt-Straße" der Stadt Ostseebad Kühlungsborn
15/60/117**

Herr Ollhoff erläutert die Beschlussvorlage.

Beschluss-Nr. 052/15/SVV:

Die Stadtvertreterversammlung der Stadt Ostseebad Kühlungsborn beschließt,

1. die Aufhebung des Aufstellungsbeschlusses zur 1. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 42 „Hermannstraße/nördliche Friedrich-Borgwardt-Straße“ Beschluss-Nr. 046/14/SVV vom 24.04.2014.
2. die Aufstellung zur 1. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 42 „Hermannstraße/nördliche Friedrich-Borgwardt-Straße“ gemäß § 2 und 8 i.V.m. § 13a BauGB.
3. Planungsziel:
Mit der 1. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 42 soll die Vereinbarkeit von Ferienwohnungen im Bestand mit Dauerwohnungen rechtlich verbindlich und abschließend entsprechend der aktuellen Rechtsprechung geregelt werden. Davon ausgenommen sind Geschosswohnungsbauten, die ausschließlich zu Dauerwohnzwecken errichtet worden sind.

Weiterhin soll die Umwandlung der ausgewiesenen privaten Grünfläche und Ausweisung eines zusätzlichen Baufeldes für ein Einfamilienhaus im Bereich des Grundstückes Poststraße 10 (WB 2), Flur 1, Flurstück 143/1 der Gemarkung Kühlungsborn erfolgen.
4. Gebietsabgrenzung:
Der Geltungsbereich umfasst das gesamte Plangebiet des Bebauungsplanes Nr. 42, umfassend den Bereich nördlich der Friedrich-Borgwardt-Straße und der Hermannstraße, zwischen Poststraße bzw. der Ostseeallee im Norden und der Neuen Reihe im Süden (siehe Übersichtsplan).

Die Anlage ist Bestandteil des Beschlusses.

Abstimmungsergebnis:

16 Ja-Stimmen
0 Nein-Stimmen
1 Enthaltungen

11 Satzung der Stadt Ostseebad Kühlungsborn über die Veränderungssperre zum Bebauungsplan Nr. 44 "Östliche Neue Reihe" - erneute Veränderungssperre 15/60/127

Herr Stange, Herr U. Wiek, Herr Zacher und Herr Ziesig verlassen den Sitzungsbereich.

Beschluss-Nr. 053/15/SVV:

Die Stadtvertreterversammlung der Stadt Ostseebad Kühlungsborn beschließt die Satzung der Stadt

Ostseebad Kühlungsborn über die Veränderungssperre für den Geltungsbereich des Bebauungs-

Plans Nr. 44 „östliche Neue Reihe“ in Kühlungsborn.

Die Anlage ist Bestandteil dieses Beschlusses.

Abstimmungsergebnis:

13 Ja-Stimmen
0 Nein-Stimmen
0 Enthaltungen

**12 Satzung der Stadt Ostseebad Kühlungsborn über die Veränderungssperre zum Bebauungsplan Nr. 45 "Südlich des Grünen Weges" - erneute Veränderungssperre
15/60/128**

Herr Stange, Herr U. Wiek und Herr Zacher betreten Sitzungsbereich. Herr Ziesig befindet sich nach wie vor außerhalb des Sitzungsbereiches.

Beschluss-Nr. 054/15/SVV:

Die Stadtvertreterversammlung der Stadt Ostseebad Kühlungsborn beschließt die Satzung der Stadt

Ostseebad Kühlungsborn über die Veränderungssperre für den Geltungsbereich des Bebauungs-

Plans Nr. 45 „Südlich des Grünen Weges“ in Kühlungsborn.

Die Anlage ist Bestandteil dieses Beschlusses.

Abstimmungsergebnis:

16 Ja-Stimmen
0 Nein-Stimmen
0 Enthaltungen

13 Grundsatzbeschluss zum Standort des Neubaus einer Seebrücke im Ortsteil Kühlungsborn West

Variante 1- in Verlängerung Unter den Kolonnaden

**Variante 2- in Verlängerung der Hermannstraße
15/60/122**

Herr Ziesig betritt den Sitzungsbereich. Herr Bartelmann erläutert die Beschlussvorlage. Herr Mothes schlägt den Standort entsprechend Variante 1 vor, da der Stadtteil Kühlungsborn-West durch Variante 2 „abgeschnitten“ werden würde. Herr Ollhoff spricht sich für den Standort entsprechend Variante 2 aus, da dieser gut kompatibel mit einem eventuell entstehenden Parkdeck am Schulzentrifft wäre. Der Bürgermeister schlägt vor, dass der Investor den Standort bestimmen sollte. Herr Bartelmann schlägt vor, die Wasserflächen

zwischen dem Bereich „Unter den Kolonnaden“ und „Hermannstraße“ zu inkommunalisieren, damit die Vorbereitungen zum Bau einer Seebrücke getroffen werden können – Standortbestimmung zu einem späteren Zeitpunkt. Frau Westphal erklärt, dass die Inkommunalisierung für so einen großen Bereich unwahrscheinlich ist, da ein konkreter Standort bestimmt werden müsste. Herr Mothes stellt den Antrag, über den Vorschlag von Herrn Bartelmann abzustimmen, die Stadtvertreter stimmen zu.

Beschluss-Nr. 055/15/SVV:

Die Stadtvertreterversammlung der Stadt Ostseebad Kühlungsborn beschließt, dass der Neubau einer Seebrücke im Ortsteil Kühlungsborn-West nur zwischen den vorgeschlagenen Varianten 1 (Verlängerung „Unter den Kolonnaden“) und 2 (Verlängerung „Hermannstraße“) erfolgen kann. Die Wasserfläche in diesem Bereich soll durch die Stadt Ostseebad Kühlungsborn inkommunalisiert werden. Ein konkreter Standort wird noch nicht bestimmt.

Abstimmungsergebnis:

16 Ja-Stimmen
0 Nein-Stimmen
1 Enthaltungen

14 Beschlussvorlage der CDU-Fraktion: Begrüßungsgeld für Neugeborene 15/CDU/095

Herr Zacher erläutert die Beschlussvorlage. Frau Fink erläutert kurz zur Diskussion im Sozialausschuss. Frau Fink erklärt, dass man das benötigte Geld für andere Zwecke verwenden sollte, als Beispiel nennt sie die Möglichkeit, in Kindergärten auch Öffnungszeiten an Samstagen anzubieten.

Beschluss-Nr. 056/15/SVV:

Die Stadtvertreterversammlung der Stadt Ostseebad Kühlungsborn beschließt ein Begrüßungsgeld in Höhe von 200 EURO pro neugeborenes Kind. Die Eltern müssen ihren Hauptwohnsitz in Kühlungsborn haben. Das Geld wird im Zusammenhang mit der Anmeldung beim Einwohnermeldeamt ausgezahlt. Laut Geburtenstatistiken gibt es in Kühlungsborn ca. 50 – 60 Neugeborene im Jahr. Ab dem Haushaltsjahr 2016 sind jährlich 12.000 EURO dafür einzustellen. Die

Verwaltung wird beauftragt, einen möglichst unbürokratischen Weg zur Auszahlung des Geldes vorzunehmen.

Abstimmungsergebnis:

- 15 Ja-Stimmen
- 2 Nein-Stimmen
- 0 Enthaltungen

**15 Beschlussvorlage der Zählergemeinschaft SPD / Bündnis90-Grüne: Kein Einsatz des krebserregenden Herbizidwirkstoffs Glyphosat auf Flächen der Stadt Ostseebad Kühlungsborn
15/SPD-Grün/134**

Herr U. Wiek erläutert die Beschlussvorlage. Herr Sorge weist darauf hin, dass die in Kühlungsborn tätigen Landwirte auch darauf hingewiesen werden müssen.

Beschluss-Nr. 057/15/SVV:

Die Stadtvertreterversammlung der Stadt Ostseebad Kühlungsborn beschließt :

1. Die Stadt Kühlungsborn verzichtet ab dem 01. November 2015 bei allen Flächen unter ihrer Bewirtschaftung auf den Einsatz von Herbiziden mit dem Wirkstoff Glyphosat. Ausnahmegenehmigungen für die Anwendung solcher Mittel auf Nichtkulturflächen werden ab sofort nicht mehr bei den Landesbehörden beantragt.
2. Private Unternehmen, die Aufträge von der Stadt/Kühlungsborn zur Pflege von Grün-, Sport- und Verkehrsflächen erhalten, werden entsprechend auf einen Glyphosatverzicht vertraglich verpflichtet. Bei laufenden Verträgen wird auf eine freiwillige Einigung hingewirkt.
3. Beim Abschluss neuer Pachtverträge für gemeindliche landwirtschaftliche Flächen und bei der Verlängerung von Pachtverträgen wird eine Klausel eingefügt, mit der sich der Pächter zum vollständigen Verzicht auf den Einsatz von glyphosathaltigen Mitteln auf diesen Flächen verpflichtet. Diese Vorgabe wird auch bei Verträgen umgesetzt, die eine automatische Verlängerung für den Fall vorsehen, dass keine Kündigung erfolgt.
4. Städtische Einrichtungen, die Informations- und Beratungsleistungen im Zusammenhang mit privater Gartenpflege erbringen, weisen nachdrücklich

auf das geltende Verbot der Anwendung glyphosathaltiger Mittel auf befestigten Flächen hin und vermitteln den Zugang zu Informationsquellen hinsichtlich einer pestizidfreien Pflege von Haus- und Kleingärten.

5. Unter Beteiligung fachbezogener Behörden (u.a. Bauamt und Umweltamt, Bauhof) wird für alle kommunale Grün- und Verkehrsraumflächen ein angepasstes Planungs- und Pflegekonzept erstellt, das eine Bewirtschaftung ohne Glyphosat und weitestgehend ohne andere Pestizide ermöglicht. Dafür soll auf die Erfahrungen anderer Kommunen sowie sonstige Expertise (u.a. aus Umweltverbänden) zur Umsetzung einer pestizidfreier Grünflächenpflege zurückgegriffen werden.

Abstimmungsergebnis:

- 17 Ja-Stimmen
- 0 Nein-Stimmen
- 0 Enthaltungen

16 Beschlussvorlage der Zählgemeinschaft SPD/Grüne: Studie zur flexiblen Überdachung des Konzertgartens West (Beschluss Nr. 070/15/HA) 15/SPD-Grün/139

Herr U. Wiek erläutert die Beschlussvorlage. Herr U. Wiek erklärt, dass die Auftragserteilung im Januar 2016 erfolgen soll. Herr Lahser erklärt, dass dies haushaltsrechtlich geprüft werden muss. Herr Stange weist darauf hin, dass die zu beteiligenden Ämter zwingend mit einbezogen werden müssen.

Beschluss-Nr. 058/15/SVV:

Die Stadtvertreterversammlung der Stadt Ostseebad Kühlungsborn beschließt:

Die Stadt Ostseebad Kühlungsborn beauftragt im Januar 2016 ein Planungsbüro zur Erarbeitung einer Machbarkeitsstudie für eine flexible Überdachung des Konzertgartens West, gemäß Beschluss Nr. 070/15/HA. Der Vertrag ist so zu gestalten, dass die Abrechnung im Wirtschaftsjahr 2016 erfolgt.

Abstimmungsergebnis:

- 14 Ja-Stimmen

2 Nein-Stimmen

1 Enthaltungen

**17 Beschlussvorlage der Zählergemeinschaft SPD/Grüne:
Ausschussumbesetzung Bauausschuss und Kurbetriebs- und
Wirtschaftsförderungsausschuss
15/SPD-Grün/140**

Beschluss-Nr. 059/15/SVV:

Die Stadtvertreterversammlung der Stadt Ostseebad Kühlungsborn beschließt die folgenden Ausschussumbesetzungen:

Mitglied im **Bauausschuss** vorher: **Hans-Jürgen Sädtler** (Stellvertreter: Manfred Baade)

Mitglied im **Bauausschuss** nachher: **Manfred Baade** (Stellvertreter: Hans-Jürgen Sädtler)

Mitglied im **Kurbetriebs- und Wirtschaftsförderungsausschuss** vorher:

Yvonne Okyanus (Stellvertreter: Kristin Poppinga)

Mitglied im **Kurbetriebs- und Wirtschaftsförderungsausschuss** nachher:

Angela Bauer-Oberwalder (Stellvertreter: Kristin Poppinga)

Abstimmungsergebnis:

17 Ja-Stimmen

0 Nein-Stimmen

0 Enthaltungen

Anschließend bedankt sich der Bürgervorsteher Herr Ziesig bei allen Anwesenden für Ihr Erscheinen und schließt den öffentlichen Teil der Sitzung um 21:40 Uhr.

Vorsitz:

Schriftführung:
Philipp Reimer